

DGB-NRW, 23.11.2023 (online)

Urteil des BVerfG zur Schuldenpolitik des Bundes vom 15.11.2023 – Was heißt dies für NRW?

1

Torsten Windels, Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik

BVerfG – zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021

1. Wer hat geklagt?

- 197 Abgeordnete der CDU-/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags

2. Was wurde beklagt?

- Das zweite Nachtragshaushaltsgesetz zum Bundeshaushalt für das Haushaltsjahr 2021

3. Ergebnis?

- Das Gesetz ist nicht verfassungskonform

4. Warum?

- Haushaltsgrundsätze **Vorherigkeit**, **Jährlichkeit** und **Jährigkeit** wurden nicht eingehalten
- Übertragung der Kreditermächtigung auf KTF nicht hinreichend mit Corona-Krise verknüpft

5. Unmittelbare Folgen

- Finanzierung des KTF (2023-2027) aus der Rücklage ist nicht gedeckt

6. Idee des BVerfG

- Wiederherstellung von Ordnung (Grundsätze) in der Haushaltspolitik (Aufstellung des HH 2022 in NRW chaotisch. LRH sieht öffentlich Verfassungsbruch)
- BVerfG-Urteil deckt die Unhaltbarkeit der Finanzverfassung auf (Bedarflagen vs. Finanzen)

BVerfG – zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021

7. Mittelbare Konsequenzen?

- Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (Energieversorgungskrise) ggf. unzulässig
- Diverse Länderhaushalte unzulässig (Haushaltsnotlage in SH, betroffen NRW, BE, HB, SL)

8. Unmittelbare Möglichkeiten (KTF-Loch 2024 ca. 18 Mrd EUR)

- Jährliche Zuweisungen aus Bundeshaushalt, Reduzierung Ausgabenansätze, Erhöhung Einnahmen CO₂-Abgaben, Finanzierung Eisenbahn durch DB

8. Mittelbare Möglichkeiten (z.B. für den WSF)

- Herstellung **Jährlichkeit / Jährigkeit** formal unproblematisch, politisch schwierig
- **Gesetzliche Stärkung** überjähriger Finanzierungen
- **Klima als Notsituation** analog Deutsche Einheit (analog Bremen und Saarland)

9. Möglichkeit von Kreditfinanzierungen

- **Notlagenbeschlüsse** durch qualifizierte BT-Mehrheit (mit guter Begründung)
- Kreditfähige rechtlich Öffentliche **Investitionsgesellschaften** (KfW, DB, BIMA, ...)

Druck auf die Politik steigt → Reform der Schuldenbremse (ohne notwendige Mehrheit)

BVerfG – zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021

Vorab: Was heißt das Urteil des BVerfG für NRW?

- Haushaltsgrundsätze sind identisch
- NRW nutzt ähnliche Instrumente zur überjährigen Nutzung und Verschiebung von Kreditermächtigungen (NRW bucht die komplette Verschuldung außerhalb des Kernhaushalts)
- SPD und FDP in NRW beklagen ähnliche Sachverhalte im NRW-Haushalt
- NRW-Investitions-Studie ist nicht betroffen
 - Bedarfssummen ändern sich nicht
 - Finanzierungsmöglichkeiten beziehen sich nicht auf Notsituationen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

- ▶ Torsten Windels, Ökonom
- ▶ **Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik**
- ▶ windels@fsf-hannover.de
- ▶ Mobil: 0172/5254051
- ▶ www.fsf-hannover.de

